

LANDTAGS NACHRICHTEN

19. Juni

5/2013

www.landtag-mv.de



+++ Rückblick: Tag der offenen Tür im Landtag +++ Besuch von Bundespräsident Joachim Gauck im Landtag M-V
+++ Tempolimit auf Autobahnen +++ Förderung des Mittelstandes +++ XI. Parlamentsforum Südliche Ostsee in
Schwerin +++ Anhörungen zur Gerichtsstrukturreform und zur Vermögenssituation älterer Menschen +++



3	GASTKOLUMNE	Andreas Frost, freier Journalist in Schwerin, zum EU-Engagement des Landtages
4–5	SPEZIAL	Besuch des Bundespräsidenten Joachim Gauck im Landtag M-V
6–12	AUS DEM PLENUM	
6–7	Aktuelle Stunde	Verkehrssicherheit stärken statt Tempolimit auf Autobahnen
8–12	Berichte	
8		Erste Lesung: Gesetzentwurf der Landesregierung zur Mittelstandsförderung
9		Keine Energiewende ohne Bioenergie
10		Tötungsdelikte auf möglichen rechtsextremen Hintergrund überprüfen
11		Jugend- und Schulsozialarbeit verstetigen
12	Weitere Beschlüsse	Rinderkennzeichnungs- und Rindfleischetikettierungsüberwachungsaufgabenübertragungsgesetz Unterrichtung durch die Präsidentin über den Beschluss der Präsidentenkonferenz der deutschen Landesparlamente Medikamententests in der DDR Anonymisiertes Bewerbungsverfahren Immunitätsangelegenheiten
13	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> Anhörungen zur Gerichtsstrukturreform <i>Enquete-Kommission:</i> Anhörung zur Einkommens- und Vermögenssituation älterer Menschen
14–15	ZUSAMMENARBEIT	XI. Parlamentsforum Südliche Ostsee im Schweriner Schloss
16–19	PANORAMA	Rückblick auf den „Tag der offenen Tür“ des Landtages
		Titelfoto: (Angelika Lindenbeck) Lena, Vivien und Ella (v.l.) sorgten mit Fröhlichkeit und kleinen Süßigkeiten mit für die gute Stimmung beim Tag der offenen Tür im Landtag.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Gut für die Zwischentöne

Sie fordern bessere Leitungsnetze, um den Strom aus den Windparks auf der Ostsee sicherer transportieren zu können, und Bioenergiedörfer, damit auch die ländlichen Regionen vom Ökostrom profitieren. Sie wollen von der Europäischen Kommission eine Garantie, dass die Tourismusbranche auch in den kommenden Jahren Fördergelder bekommt. Sie appellieren an die Regierungen, die Werften entlang der Ostsee weiter zu unterstützen und in den Häfen dafür zu sorgen, dass Schiffe ihre Liegezeiten „umweltfreundlicher“ verbringen können. Parlamentarier aus vier Ostsee-Anrainerstaaten haben Anfang Juni in Schwerin während des elften „Parlamentsforums Südliche Ostsee“ ein umfangreiches Pensum erledigt. Am Ende blieb den Politikern aus Schonen, Ermland-Masuren, Pommern, Westpommern, Kaliningrad, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern offenbar kaum Zeit, auch noch über die Themen „Jugend im Ostseeraum“ und „Kultur“ zu debattieren.

Obwohl der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz mit seinem Besuch und einer engagierten Rede für die europäische Idee die Arbeit des Parlamentsforums würdigte, hätte eine Tagungsordnung mit wenigen Schwerpunkten der Konferenz wohl mehr öffentliche Aufmerksamkeit verschafft. Die Diskussion um die Einbindung Mecklenburg-Vorpommerns in eine politische und wirtschaftliche „Region Ostsee“ hätte sie verdient. Die Europäische Kommission hat bereits vor vier Jahren eine „Ostseestrategie“ veröffentlicht, um die gesamte Region voranzubringen, die dieses Meer umgibt. Darin geht es um Umweltschutz, den Ausbau von Verkehrswegen, eine sichere Energieversorgung, die wirtschaftliche Entwicklung und gemeinsame Ermittlungen gegen grenzüberschreitende Kriminelle.

Möglicherweise sind die alten Grenzen zwischen den Ländern und den Blöcken in den Köpfen noch zu präsent und die Gemeinsamkeit wirtschaftlicher und politischer Interessen nicht eindeutig genug, um die Ziele der Europäischen Union mit Eifer zu den eigenen zu machen. Dabei lohnt allein die Ostsee als Ökosystem und Wirtschaftsgebiet die Suche nach gemeinsamen Lösungen für gemeinsame Probleme. 2.000 Schiffe sind auf ihr täglich unterwegs. Das bürdet den umliegenden Regionen eine große Verantwortung auf, sich gegen Havarien zu wappnen. Immer mehr Windparks stehen in Konkurrenz zu schutzwürdigen Küsten-



Foto: privat

Andreas Frost arbeitet als freier Journalist unter anderem für die Schweriner Volkszeitung und die Nachrichtenagentur AFP.

gewässern. Es ist an den Anrainern, einen tragbaren Kompromiss zu finden. Immer noch verdeckt zu viel von den Feldern gespülter Dünger das Ostseewasser, immer noch rotten auf dem Grund Unmengen von Munitionsresten aus dem Zweiten Weltkrieg vor sich hin. Die Risiken lassen sich wohl nur gemeinsam verringern. Auch die Chance, die Ostseeregion den Touristen aus Amerika und Asien als ein lohnenswertes Reiseziel schmackhaft zu machen – so wie die Europäer von „der“ Karibik und nicht von einzelnen Inseln angelockt werden –, wird weder Mecklenburg-Vorpommern noch Kaliningrad allein wahrnehmen können.

„ Dabei lohnt allein die Ostsee als Ökosystem und Wirtschaftsgebiet die Suche nach gemeinsamen Lösungen für gemeinsame Probleme. „

Natürlich beschäftigen sich längst verschiedene Gremien mit der Zukunft der Ostseeregion. Auf Regierungsebene ist es der Ostseerat, die Parlamente treffen sich in der Ostseeparlamentarierkonferenz. Es gibt eine Kommission, die sich speziell um den Schutz der Ostsee kümmert, und selbst eine Art „Landesjugendring“ für die Anrainerstaaten. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee spielt in diesem Konzert eine eher untergeordnete Rolle, allein weil der Einfluss der einzelnen regionalen Parlamente in ihren Nationalstaaten recht unterschiedlich ist. Gleichwohl kann das Parlamentsforum hörbare Zwischentöne anschlagen. Vor allem weil die russische Enklave Kaliningrad dazugehört, womit noch einmal deutlich wird, dass die Entwicklung der Ostsee-Region nicht von der EU im Alleingang bestimmt werden kann und auch nicht bestimmt werden sollte.

Andreas Frost



Fotos: Landtag M-V

Joachim Gauck und Ministerpräsident Erwin Sellering auf dem Weg ins Schweriner Schloss.

Plädoyer für Föderalismus und Demokratie

Bundespräsident zum Antrittsbesuch im Schloss

Roter Teppich vor der Staatskanzlei, ein Spalier von Polizisten. Auf dem Weg zum Schloss Hände schütteln und die ein oder andere Plauderei: Der Empfang von Bundespräsident Joachim Gauck in Mecklenburg-Vorpommern war zweifelsohne etwas Außergewöhnliches. Am 28. Mai besuchte der gebürtige Rostocker seine Heimat – symbolträchtig als letztes aller 16 Bundesländer, die er seit seinem Amtsantritt im März 2012 nach und nach bereiste.

Wie zur Premiere in Baden-Württemberg sprach **Joachim Gauck** auch im Nordosten vor dem Landesparlament. Seine Rede vor den Abgeordneten des Landtages wurde zu einem wahren Plädoyer für Föderalismus und Demokratie. „Die föderale Struktur ist mit Leben erfüllt und funktioniert. Es hat sich gezeigt, wie lebensnah es war, Deutschland als Bundesrepublik zu definieren“, sagte Gauck. „Sie spiegeln die Vielfalt deutscher Regionen, historische, religiöse und kulturelle Unterschiede“, hob er die Bedeutung der Länder hervor. Ein Gedanke, dem auch Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** beipflichtete. Föderalismus sei Garant für Freiheit und für Individualität, sagte sie und forderte eine Stärkung der Länder und gerade der Länderparlamente. Die Rechte der Landtage müssten bei weiteren Föderalismusreformen gewahrt werden, sagte sie. „Und da möchte ich

auch Sie, Herr Bundespräsident, ganz ausdrücklich um Ihre Unterstützung bitten“, betonte die Landtagspräsidentin.

Die „Schlossherrin“ und das Staatsoberhaupt eint noch eine andere Sache: Der fortwährende Kampf für Demokratie, Freiheit und Toleranz. Landtagspräsidentin Bretschneider ist Mitinitiatorin der Demokratie-Kampagne „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. „Es ist unsere Demokratie“, sagte Staatsoberhaupt Gauck vor den Parlamentariern und Gästen im Landtag. „Sie mag anstrengend sein, verbesserungswürdig, mag auch unperfekt sein. Aber diese Demokratie ist hundertmal gerechter, sozialer und freiheitlicher als das, was ihre Feinde ihr entgegenstellen wollen.“ Und fügte hinzu: „Wir haben sie gemeinsam erkämpft, wir werden sie gemeinsam gestalten, und wir werden sie verteidigen gegen alle, die sie verachten.“ Die Adressaten dieser klaren Botschaft saßen allerdings nicht im Plenarsaal. Die fünf Abgeordneten der rechtsextremen NPD waren der Rede Gaucks demonstrativ ferngeblieben.

Der Bundespräsident lobte in seiner Rede auch die Sparpolitik Mecklenburg-Vorpommerns. Dass der Nordosten seit 2006 keine neuen Schulden mehr aufgenommen und trotzdem politische Schwerpunkte gesetzt habe, sei vielleicht nicht jedem außerhalb dieses Bundeslandes so klar, sagte er. „Das ist ein Pfund, mit dem Sie ruhig ein bisschen mehr wuchern können“, ermunterte der 73-Jährige die Abgeordneten zu Selbstbewusstsein.

„Wenn ich heute mit Mecklenburg-Vorpommern die Reise meiner 16 Antrittsbesuche beende, blicke ich zurück auf 16 Begegnungen in den deutschen Ländern mit ihren jeweiligen Stärken und Schwächen. Es sind mehr Stärken als Schwächen, und zwar deutlich mehr“, zog der frühere Pastor vor den nordostdeutschen Parlamentariern ein Resümee seiner Antrittsbesuche.

Am meisten beeindruckt habe ihn das bewusste Bürger-



Joachim Gauck bei seiner Rede im Landtag. Die NPD-Fraktion blieb der Veranstaltung fern.

Fotos: Landtag M-V



Herzliche Begrüßung durch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider



leben, betonte Gauck. Menschen in den neuen Bundesländern könnten bei der Entwicklung von Eigeninitiative noch mehr von den langjährigen Erfahrungen im Westen profitieren. Er wünsche sich deshalb noch häufiger Kontakte über Ländergrenzen hinweg, um voneinander zu lernen und auch, um noch bestehende Vorurteile abzubauen. „Zu behaupten, ich würde Mecklenburg-Vorpommern als ein Land ohne Probleme erleben, weil es eben mein Herkunftsland ist, das wäre wenig aufrichtig“, bekannte der Bundespräsident. „Aber ich freue mich, dass ich es als ein Land erlebe, das seit 1990 neu aufgeblüht ist und viel erreicht hat. Und ich sehe es als ein Land, das den Herausforderungen begegnet und deshalb eine gute Zukunft vor sich hat“, gab er den Parlamentariern Hoffnung mit auf den Weg.

Noch im Plenarsaal trugen sich Gauck und seine Lebensgefährtin Daniela Schadt in das Gästebuch des Landtages ein. Zur Erinnerung an seinen Besuch im Schweriner Schloss überreichte ihm Sylvia Bretschneider symbolisch einen Stern vom Gewölbe der Schlosskirche. Gauck ließ es sich nicht nehmen, bei einer spontanen Stippvisite einen Blick in das vor kurzem wiedereröffnete, frisch sanierte Gotteshaus zu werfen und dabei auch „seinen“ Stern am Himmel persönlich in Augenschein zu nehmen.

Am Vormittag hatte der Bundespräsident an einer Sitzung des Kabinetts in der Staatskanzlei teilgenommen und sich ins Goldene Buch der Landeshauptstadt sowie in das Gästebuch der Staatskanzlei eingetragen. Nach seinem Schwerin-Besuch reiste Joachim Gauck weiter nach Greifswald.

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hatte zu Beginn ihrer Rede an einen Vorgänger Gaucks erinnert. Richard von Weizsäcker besuchte 1990 das junge Parlament, das gerade die ersten Schritte Richtung Demokratie ging. Dabei adelte er das Schloss als Landtagssitz, der „ganz ohne Zweifel nicht seinesgleichen in ganz Deutschland hat“. Das Parlament ist längst erwachsen. Aber eines gilt nach wie vor, wie die Landtagspräsidentin betonte: „Besuche von Bundespräsidenten sind immer etwas Besonderes.“

Die Reden im Wortlaut

Die Reden von Bundespräsident Joachim Gauck und Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider können Sie auf der Internetseite des Landtages lesen www.landtag-mv.de

Eine Dokumentation der Veranstaltung kann auf der Internetseite des Landtages M-V heruntergeladen werden. Auf Wunsch schickt der Landtag die Publikation auch gern zu. Telefon 0385/525-2113



Linke und Grüne im Landtag für Tempolimit auf Autobahnen

CDU schlug Thema Verkehrssicherheit für Aktuelle Stunde vor

Linke und Grüne haben im Landtag ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen von 120 Kilometern pro Stunde gefordert. Sie versprechen sich davon weniger schwere Unfälle mit Verletzten und Toten, wie Politiker beider Fraktionen am 29. Mai in der Aktuellen Stunde des Landtages sagten. Das Thema „Verkehrssicherheit stärken statt Tempolimit auf Autobahnen“ war von der CDU auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Die Verkehrssicherheit spiele eine große Rolle im Land, betonte der CDU-Abgeordnete **Dietmar Eifler**. Er verwies auf eine Vielzahl von Maßnahmen der Landesregierung, wie die Ausstattung von Allees mit Schutzplanken und die Kampagne „Runter vom Gas“. Dies alles hätte zu einer positiven Entwicklung der Unfallstatistik geführt. Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen und in Städten dagegen führt seiner Auffassung nach nicht zur Vermeidung von Verkehrsunfällen. „Obwohl in Österreich ein Tempolimit von 130 km/h gilt, ist die Zahl der Getöteten auf Autobahnen höher als in Deutschland“, sagte er. Die deutschen Straßen und Autobahnen gehörten zu den sichersten der Welt. Bei generellen Geschwindigkeitsbeschränkungen würden mehr Fahrer auf Landes- und Bundesstraßen ausweichen. Dort aber sei das Unfallrisiko deutlich höher.

Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE) sagte, alle einschlägigen Untersuchungen zeigten, dass zu hohe Geschwindigkeit die Unfallursache Nummer eins sei, auch auf Autobahnen. Ihre Partei habe sich immer für ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ausgesprochen. Zwar gelten deutsche Autobahnen als sicher. Doch „wenn es gelingen kann, durch ein Tempolimit auch nur einen Verkehrstoten mehr zu vermeiden, hätte sich eine solche Geschwindigkeitsbegrenzung schon gelohnt“. Zudem wirke sich eine Geschwindigkeitsbegrenzung positiv auf die Umwelt aus, weil sowohl Kraftstoffverbrauch als auch CO₂-Emissionen gesenkt würden. Im Übrigen gebe es drängendere Probleme im Land. Das Thema Tempolimit sei wohl lediglich aus Wahlkampfgründen gewählt worden.

Der SPD-Abgeordnete **Jochen Schulte** verwies ebenfalls auf Maßnahmen des Landes zur Verkehrssicherheit. Er regte Gespräche über den Haushalt des Verkehrsministeriums „im Hinblick auf Landesstraßen“ an. Vielleicht lasse sich der „ein oder andere Euro finden“, der für den Erhalt der Infrastruktur genutzt werden könne. Das Tempolimit auf Autobahnen sei jedoch ein bundespolitisches Thema, hier habe das Land kein Entscheidungsrecht. Bereits heute gelte für rund 40 Prozent der Autobahn-Strecken ein Tempolimit. Grund dafür seien vielfach Baustellen. „Also auf gut Deutsch: Der miserable Zustand der Bundesautobahnen führt mit dazu, dass wir gar nicht mehr über ein generelles Tempolimit in Deutschland reden müssen, es kommt ja schon peu à peu.“

Die Grünen sind ebenfalls für ein generelles Tempolimit von 120 km/h, sagte deren verkehrspolitischer Sprecher **Johann-Georg Jaeger**. Im vergangenen Jahr starben seinen Angaben nach bundesweit 387 Menschen bei Unfällen auf den deutschen Schnellstraßen, fast 28.000 wurden verletzt. Er verwies auch auf geringeren Kraftstoffverbrauch, geringere Umweltverschmutzung und einen besseren Verkehrsfluss bei einem Tempolimit. „Ein erheblicher Anteil der Staus auf deutschen Autobahnen wird durch Raser verursacht“, sagte er. Auch die Lärmbelastung würde bei geringeren Geschwindigkeiten abnehmen. „Gerade auf Strecken ohne Geschwindigkeitsbegrenzung steigt die Lärmbelastung durch den Verkehr extrem an.“ Das belaste Anwohner massiv und sei einer der Hauptgründe gegen den Bau von neuen Autobahnen bei den potenziell Betroffenen.

Fotos: Uwe Baleswski



Dietmar Eifler (CDU)



Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE)

Nach Ansicht von Verkehrsminister **Volker Schlotmann** gibt es wichtigere Themen im Verkehrsbereich als eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Autobahn. Punktuelle Tempolimits an Unfallschwerpunkten könnten die Verkehrssicherheit stärken. Ansonsten gehe es vor allem um Verkehrserziehung, besonders bei jungen Menschen. „Es gibt keinen Rechtsanspruch auf schnelles Fahren oder Rasen“, sagte er. Wer sich mit einem Fahrzeug im Straßenverkehr bewege, müsse stets mit einer angemessenen Geschwindigkeit unterwegs sein. „Welche Geschwindigkeit angemessen ist, hängt von vielen Parametern ab“, betonte der Minister. Seiner Überzeugung nach ist es unbestritten, dass geringere Geschwindigkeiten die Unfallschwere deutlich verringern. Die Landesregierung versuche auch mit ihrem Verkehrssicherheitskonzept das Risiko für Leib und Leben der Verkehrsteilnehmer zu verringern.

Stefan Köster (NPD) warf der CDU bei der Wahl des Themas Wahlkampfstrategie vor. Dies zeige nur die Hilflosigkeit der Partei. Er war aber auch mit der Argumentation der Oppositionsfractionen nicht einverstanden. „Es ist natürlich auch bezeichnend, dass gerade die Grünen und die Linken überall die Bürger gängeln wollen und begrenzen wollen“, sagte er. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen verhindere keine Unfälle.

Verkehrssicherheit sei immer ein aktuelles Thema, sagte der CDU-Abgeordnete **Marc Reinhardt**. Er verwies auf die Vorteile von Autobahnen. „Bevor wir hier die A 20 oder die A 14 hatten, ist man von Ueckermünde bis Schwerin gute fünf bis sechs Stunden gefahren. Heute geht das in weniger als der Hälfte.“ Schnelle Verkehrswege verbinden seinen Worten nach Menschen und tragen zudem zur Wirtschaftsförderung bei. Die bestehenden Geschwindigkeitsbegrenzungen aus Unfall- und Lärmschutzgründen seien „mehr als ausreichend“.

Die Debatte im vollem Wortlaut ...

können Sie auf der Internetseite des Landtages nachlesen unter www.landtag-mv.de (Parlamentsdokumente/Vorläufige Protokollauszüge).



Jochen Schulte (SPD)



Johann-Georg Jaeger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fotos: Uwe Balewski



Verkehrsminister Volker Schlotmann



Stefan Köster (NPD)



Marc Reinhardt (CDU)



Foto: Jens Büttner

Mehr Bioenergie

Parlament stimmt mit großer Mehrheit Koalitionsantrag zu

Mecklenburg-Vorpommern hält weiter am Ausbau von Bioenergieanlagen fest. Der Aufbau von Bioenergiedörfern soll landesweit fortgesetzt werden. Einen besonderen Schwerpunkt sollen dabei Konzepte bilden, die eine regionale Energieversorgung aus erneuerbaren Energien gewährleisten. Der Landtag stimmte am 29. Mai mit großer Mehrheit einem entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen SPD und CDU zu.

Die vornehmlich in Dörfern produzierte Bioenergie sorge für regionale Wertschöpfung und ermögliche die Teilhabe der Bürger an der Energiewende, erklärte der SPD-Abgeordnete **Rudolf Borchert**. Durch die Wärmenutzung machten sich Kommunen unabhängig von teuren Energieimporten. Zudem blieben Einnahmen aus der Energieerzeugung bei regionalen Unternehmen und bei den Menschen vor Ort. „Mit Bioenergiedörfern lässt sich die Energiewende auch lokal umsetzen“, betonte Borchert, räumte gleichzeitig aber Probleme ein. „Es gibt Verwerfungen bei der Flächennutzung. In Regionen wie Güstrow oder Penkun gibt es Tendenzen zu Maismonokulturen. Wir brauchen deshalb eine integrierte Biomassestrategie“, mahnte Borchert.

„Mein Ziel ist ein gutes Dutzend komplett fertiggestellte Bioenergiedörfer bis Ende 2015. Diese sollen als Beispiele für weitere Bioenergiedörfer dienen“, erklärte Energieminister **Volker Schlotmann**. Er kündigte gezielte Einzelbetreuung für interessierte Kommunen an. Den Angaben zufolge gibt es in Mecklenburg-Vorpommern bislang sechs Energiedörfer, in denen die bei der Stromproduktion mittels Biogas entstehende Wärme zu Heizzwecken genutzt wird. 100 weitere Dörfer hätten Interesse daran. Laut Schlotmann steuert die Bioenergie – das schließt neben Strom auch Wärme aus Biogas und Holz ein – etwa zwei Drittel der gesamten erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern bei.

Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE) kritisierte das Fehlen konkreter Maßnahmen in dem Koalitionsantrag. Dennoch werde ihre Fraktion zustimmen. „Denn wer kann sich schon der Feststellung verschließen, dass die Nutzung von Energie aus Biomasse ein wichtiger Bestandteil des erneuerbaren Energie-

mix ist und die nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum durch regionale Wertschöpfung und Teilhabe stärkt“, sagte sie. Dennoch sei vieles, was nun von der Landesregierung gefordert werde, selbstverständlich.

„Der Landwirt wird einmal Energiewirt sein.“ An diese Prognose von vor zwanzig Jahren erinnerte **Jürgen Seidel** (CDU). Dieser Trend zeichne sich heute bereits deutlich ab. Mecklenburg-Vorpommern biete gute Voraussetzungen für die Nutzung von Biomasse wie Holz und Raps. Er sieht darin auch eine große Chance für die Entwicklung im ländlichen Raum. Der Änderungsantrag der Grünen ist aus seiner Sicht weitgehend überflüssig, weil die Forderungen meist schon erfüllt worden seien.

Das Thema Biomasse ist laut **Johann-Georg Jaeger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ein weites Feld. Das Biogas, das daraus gewonnen wird, sei zuallererst von großer Bedeutung für die Stromerzeugung, aber auch für die Wärmeproduktion und als Kraftstoff für den Verkehr. Seine Fraktion forderte in einem Änderungsantrag unter anderem, dass neue Biogasanlagen vorrangig für die Einspeisung von Biogas in Erdgasqualität ausgelegt und gebaut werden. Bei der Vergütung von Energie aus Biomasse solle künftig noch stärker darauf geachtet werden, dass der Klimaschutz nicht gefährdet wird und eine große biologische Vielfalt erhalten bleibt.

Thomas Krüger (SPD) wies darauf hin, dass es wichtig ist für Investoren im Bereich der Bioenergie, sich über einen längeren Zeitraum auf die Förderbedingungen verlassen zu können. Dies sei in der Vergangenheit nicht immer gelungen. Dabei gehe es um einen wichtigen Wirtschaftsfaktor. „In Deutschland ersetzen die Biogasbauern mit rund 2.900 Megawatt heute schon mehr als zwei Atomkraftwerke. Sie versorgen damit mehr als fünf Millionen Haushalte mit Strom.“ Mit der Erzeugung von Bioenergie werde M-V unabhängiger von Energieimporten und Weltmarktpreisen.

NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** warnte davor, „den Bauer von der Scholle“ zu entfernen. Es sei wichtig, die Ernährung sicherzustellen und nicht kostbare Lebensmittel immer mehr als Energiegrundlage zu verwenden. Er sprach von „Biogasschwindel“ und „Solarschwindel“. In seinen Augen ist lediglich die Nutzung von Windenergie sinnvoll. Auch dürfe man die Kernenergie bei der Energiegewinnung nicht ganz aus den Augen verlieren.

Der Änderungsantrag der Grünen wurde abgelehnt. Der Antrag der Koalitionsfraktionen fand die Zustimmung von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/1915

Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/1932

Mehr Teilhabe gefordert

DIE LINKE forderte eine breitere Beteiligung von Kommunen und Bürgern an den Erträgen der Energiewende. Die Oppositionsfraktion fand aber für ihren Antrag keine Mehrheit, den Prozess mittels Landesenergieagentur und finanziellen Hilfen des Landes zu fördern. Häufig gebe es örtlich Widerstände gegen neue Windparks oder Biogasanlagen. Teilhabe aber erhöhe die Akzeptanz.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/1911

Förderung des Mittelstandes

Gesetzentwurf der Landesregierung
zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen

Mecklenburg-Vorpommern soll nach 20 Jahren ein neues Gesetz zur Förderung des Mittelstandes bekommen. Dies sei nötig, weil sich die wirtschaftspolitischen Herausforderungen seit der Verabschiedung des geltenden Gesetzes 1993 geändert haben, sagte Wirtschaftsminister Harry Glawe bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs am 29. Mai im Landtag. Nach der Grundsatzdebatte im Plenum überwies der Landtag den Gesetzentwurf zur Detailberatung in die Fachausschüsse.

Heute habe die Sicherung des Fachkräftebedarfs höchste Priorität, sagte Wirtschaftsminister **Harry Glawe** im Parlament. Die Jahre, in denen die Wirtschaft aus einem großen Bewerberangebot schöpfen konnte, seien vorbei. Auch die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation sei viel bedeutender geworden. Als wichtig hob Glawe zudem die Verpflichtung zu mittelstandsfreundlichen Rechtsvorschriften und Verwaltungsverfahren im Gesetzentwurf hervor. Zudem müssten neue bundespolitische und europäische Regelungen beachtet werden.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE **Helmut Holter** bezeichnete den Entwurf als eine gute Grundlage für die Beratungen im Ausschuss. Er plädierte darüber hinaus für ein Arbeitsprogramm Mittelstand in Mecklenburg-Vorpommern, um konkrete Maßnahmen zusammen mit der Wirtschaft und mit den Sozialpartnern zu fixieren und umzusetzen. Für ihn gehört auch die Zusammensetzung des Mittelstandbeirates in das Gesetz. Er wünsche sich eine konstruktive Beratung im Ausschuss und ein Gesetz, das dann auch mit Leben erfüllt wird.

Jochen Schulte (SPD) hob weitere Kernpunkte im geplanten Gesetz hervor. So sehe der Entwurf die Stärkung der Unternehmen im internationalen Wettbewerb vor. Er verwies auf Statistiken, die belegen, dass auch kleinere Unternehmen mehr Beschäftigte einstellen, wenn sie auch im Ausland aktiv sind. Auch die Schaffung von Ausbildungsplätzen, die Verbesserung der Innovationsstärke und die Förderung von Selbstständigen werden seinen Worten nach berücksichtigt. Die Unternehmen müssten in die Lage versetzt werden, auch gut ausgebildete Fachkräfte aus anderen Bundesländern zu gewinnen.

Jutta Gerkan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßt die Reform im Grundsatz. Es sei wichtig, eine dauerhafte Grundlage für eine positive Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen im Land zu schaffen. Dabei müsse ein Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und sozialen Rahmenbedingungen gewährleistet werden. Nachhaltige Ressourcennutzung und innovative Zukunftstechnologien müssten



Mit über 20 qualifizierten Mitarbeitern bietet die Firma EndoComplete Services GmbH & Co. KG in Dassow hochwertige Dienstleistungen rund um flexible Endoskope an.
Foto: Jens Büttner

mit geeigneten Förderinstrumenten unterstützt werden. Sie forderte auch, dass die öffentliche Hand nur dann wirtschaftliche Aufgaben übernehmen soll, wenn diese nicht von privaten Unternehmen geleistet werden können. Die öffentliche Daseinsvorsorge klammerte sie ausdrücklich aus. Wichtig ist es ihren Worten nach auch, dass die Landesregierung regelmäßig dem Landtag Bericht über die Umsetzung des Gesetzes erstatten soll.

Dem NPD-Fraktionsvorsitzenden **Udo Pastörs** zufolge existiert der „sogenannte kleine Mittelstand“ in M-V so gut wie überhaupt nicht. Er bezeichnete das Land als „wirtschaftliches Notstandsgebiet“. So komme das produzierende Gewerbe nicht voran, die Jugend wandere in Massen ab, und die Bruttolöhne seien die niedrigsten im ganzen Bundesgebiet. Der Gesetzentwurf könne die strukturellen Probleme nicht lösen. Lediglich die Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Gemeinden sei positiv, weil so kleinere Handwerksbetriebe besser vor Wettbewerbsverzerrung geschützt würden. Das Gesetz gebe keinen neuen Impuls, sondern ergebe sich nur dem Zwang, „fremde europäische Rechtsvorschriften“ in deutsches Recht einfließen zu lassen.

Wolfgang Waldmüller (CDU) zufolge ist Mecklenburg-Vorpommern auf einem sehr guten Weg. Er verwies auf ein Wirtschaftswachstum von über einem Prozent und eine Arbeitslosigkeit, die den niedrigsten Wert seit dem Mauerfall erreicht habe. Der Mittelstand, der 80 Prozent aller Arbeitnehmer im Land beschäftige, sei das Rückgrat der Wirtschaft. Deshalb müsse den Belangen der kleineren Unternehmen Rechnung getragen werden. Sie müssten bei der Eigenkapitalvorsorge, aber auch bei Forschung und Entwicklung unterstützt werden, auch um die Exportquote zu erhöhen. „Made in MV“ solle als Markenzeichen etabliert werden. Der Mittelstand werde von dem neuen Gesetz profitieren.

Der Landtag überwies den Gesetzentwurf der Landesregierung einstimmig zur federführenden Beratung in den Wirtschaftsausschuss sowie zur Mitberatung in den Innenausschuss und den Europa- und Rechtsausschuss.

Drucksache 6/1813

Rechtsextremer Hintergrund?

Antrag auf erneute Überprüfung strittiger Fälle abgelehnt

„Die Zeit“ und der „Tagesspiegel“ berichteten jüngst über angeblich neun Morde im Nordosten seit 1992 mit rechtsextremem Hintergrund. Die offizielle Polizei-Statistik weist nur vier aus. Die Differenz sorgt seit Wochen für heftige Diskussionen in Mecklenburg-Vorpommerns Landespolitik. Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE forderten in einem gemeinsamen Antrag am 30. Mai im Landtag eine erneute Überprüfung der strittigen Fälle. Sie scheiterten damit aber an der Mehrheit der anderen Fraktionen.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, **Jürgen Suhr**, verwies bei der Begründung des Antrags auf Hinweise, die nach seiner Einschätzung durchaus für rechtsextreme Hintergründe bei den fünf Mordfällen sprechen könnten. So sei eines der Opfer von glatzköpfigen Tätern mit Springerstiefeln malträtiert worden. Im Fall eines getöteten Obdachlosen auf Rücken hätten die Täter gesagt, sie wollten „Assis klatschen“. Im Zuge der Ermittlungen zum gewaltsamen Tod eines Asylbewerbers bei Jarmen seien abfällige Äußerungen von Tatverdächtigen über Ausländer bekannt geworden. Suhr sagte, es gebe genügend Gründe für eine erneute Untersuchung der fünf Fälle. „Es geht in diesen Fällen nicht um die Statistik, wir wollen den Opfern menschenverachtender Gewalt wieder ein Gesicht geben“, betonte er. Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt hätten bereits auf die Zeitungsberichte reagiert und die Überprüfung von Altfällen in die Wege geleitet. Nach Ansicht von **Heinz Müller** (SPD) ist die korrekte Einordnung in diesen Fällen nicht immer leicht. „Hat jede Straftat, die von einem Rechtsextremen begangen wird, automatisch einen rechtsextremen Hintergrund?“, fragte er. Auch ein Neonazi könne aus Habgier morden. Seine Fraktion nehme jedoch die unterschiedlichen Zahlen sehr ernst. Er halte Aufklärung für nötig – aber nicht im Plenum. Seine Fraktion habe das Thema auf die Tagesordnung des Innenausschusses setzen lassen. Dort solle der Innenminister die Fakten erläutern. Vor allem die Motive der Täter in den fünf Fällen, die nicht in der Rechtsextremismus-Statistik erfasst sind, sollen beleuchtet werden. Müller warnte jedoch vor Unterstellungen. Bisher habe es keine belastbaren Hinweise auf fehlerhafte Ermittlungen gegeben.

Peter Ritter (DIE LINKE) plädierte dagegen für eine breite öffentliche Aufklärung. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, die Sicherheits- und Ermittlungsbehörden des Landes gehörten zum sogenannten Kartell der Verharmloser. „Seit Jahren widersprechen sich die Angaben über Opfer rechtsextremer Gewalt, die von den zuständigen Behörden einerseits sowie Verbänden oder der Medienöffentlichkeit ander-

erseits gemacht werden. Dies hat doch Ursachen außerhalb einfacher Rechenarten und darüber müssen wir sprechen“, forderte er. Es dürfe nicht den leisesten Anschein von Vertuschen oder Geheimniskrämerei geben, sagte der innenpolitische Sprecher seiner Fraktion.

Auch für den sicherheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion **Michael Silkeit** ist die Einordnung der Straftaten eine Frage der Interpretation. Mit einer voreiligen Annahme eines rechtsextremen Motivs für eine Tat sei niemandem geholfen. Er hält es zudem für bedenklich, wenn generelles Misstrauen gegenüber Polizei und Gerichten geschürt werde. Diese staatlichen Institutionen seien ein Anker der Demokratie. Auch könnten diese dem Problem Rechtsextremismus nur begrenzt entgegengetreten. Bekämpft werden müsse das Übel auch auf anderen Ebenen. Er nannte die Stärkung des gesellschaftlichen Miteinanders als ein Beispiel.

Der NPD-Abgeordnete **Michael Andrejewski** warf Grünen und Linken vor, keine Ahnung von der Arbeit der Justiz zu haben. Er habe eher das Gefühl, dass von Richtern zu viele Taten als rechtsextrem motiviert bezeichnet würden als zu wenige. Wenn ein FDP-Mitglied eine Bank überfalle, sei dies auch keine liberale Tat. „Die offiziellen Zahlen sind alles Mögliche, nur nicht untertrieben“, sagte er. Es gebe im Übrigen keine Hierarchie bei Mordmerkmalen. Wer aus Habgier ermordet wird, dürfe kein Opfer zweiter Klasse werden.

Die fünf Tötungsdelikte in Mecklenburg-Vorpommern, die bislang nicht als Taten mit anerkanntem rechtsextremem Hintergrund geführt werden, sind Innenminister **Lorenz Caffier** zufolge bereits mehrfach überprüft worden. Eine erste Untersuchung habe 2003 stattgefunden. Schon damals hätten Medien über eine angeblich falsche Bewertung durch die Behörden berichtet. Für Mecklenburg-Vorpommern seien damals elf Opfer genannt worden, sagte Caffier. Drei Tötungsdelikte seien nach der Prüfung als politisch motivierte Kriminalität bewertet worden. Als vierter Fall sei nach Bekanntwerden der Taten des NSU im Jahr 2011 der Mord an Mehmet Turgut in Rostock hinzugekommen. Die fünf strittigen Fälle wurden laut Minister im Jahr 2009 erneut nach bundeseinheitlichen Kriterien untersucht. Auch dabei sei kein politisches Motiv festgestellt worden. 2011, nach dem Auffliegen der rechtsextremen Terrorzelle NSU, habe es nochmals eine Überprüfung gegeben.

Der Antrag wurde nach der Debatte mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD abgelehnt.

Drucksache 6/1903

Morde mit rechtsextremem Hintergrund?

Diese Tötungsdelikte sollten nach dem Willen von Linken und Grünen auf einen möglichen rechtsextremen Hintergrund überprüft werden:

Boris M. wurde am 11. Juli 1996 in Wolgast getötet.

Horst G. wurde am 22. April 1997 in Sassnitz getötet.

Jürgen S. wurde am 9. Juli 2000 in Wismar getötet.

Klaus-Dieter G. wurde am 24. Juni 2000 in Greifswald getötet.

Mohammed B. wurde am 22. April 2001 in Jarmen getötet.

Langfristige Finanzierung

Landtag will Jugend- und Schulsozialarbeit verstetigen

Der Landtag hat sich am 30. Mai für die Stärkung der Jugend- und Schulsozialarbeit ausgesprochen. Dieser Bereich sei ein wichtiger Baustein, um Chancengerechtigkeit unabhängig vom Elternhaus umzusetzen, sagte der kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Ralf Mucha** bei der Begründung des Koalitionsantrages. Die Zustimmung zum Antrag sei ein Bekenntnis und ein klares Zeichen dafür, dass diese wichtige Arbeit auch nach 2013 fortgesetzt wird.

„Gemeinsam werden Land sowie Landkreise und kreisfreie Städte versuchen, die Unsicherheiten, die es in der Vergangenheit über die Fortführung der Finanzierung gab, durch mehrjährige Förderbescheide zu beseitigen“, versprach **Ralf Mucha** (SPD). Noch gebe es keine Einigung über den Haushalt der Europäischen Union. Daher sei auch noch nicht bekannt, wie hoch die Mittelzuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) ab 2014 ausfallen werden, aus dem die Schulsozialarbeiter anteilig bezahlt werden. Aber das Land werde Sorge dafür tragen, dass die Jugend- und Schulsozialarbeit in Mecklenburg-Vorpommern verlässlich fortgeführt werden kann.

Nach Ansicht der kinder- und jugendpolitischen Sprecherin der Linksfraktion **Jacqueline Bernhardt** ist der Antrag der Koalitionsfraktionen zu unverbindlich. Es gäbe weder ein Konzept für die rechtliche Ausgestaltung noch einen Fahrplan für die inhaltliche Entwicklung. „Bis auf mehrjährige Zuwendungsbescheide durch Land und Kommunen – was wir unterstützen – enthält der Antrag keine neuen Aussagen“, kritisierte die Abgeordnete. So schweigen sich die Koalitionäre ihren Worten nach auch über die Anzahl der Stellen aus, die das Land aus dem Europäischen Sozialfonds finanzieren will. „Nach unserer Kenntnis sollen die Mittel für die Jugendsozialarbeit um eine Million Euro gekürzt werden, das hat mit Verstetigung rein gar nichts zu tun“, sagte sie. Selbst zur Finanzierung von zurzeit mehr als 70 Schulsozialarbeitern aus Bundesmitteln sei nichts Konkretes beschlossen worden. Einen solch vagen Antrag werde ihre Fraktion ablehnen. Stattdessen solle die Landesregierung mit einem Änderungsantrag aufgefordert werden, gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten bis zum 31. Dezember 2014 eine Konzeption zur Weiterentwicklung und Finanzierung dieses Bereiches erarbeiten.

Bernd Schubert (CDU) warf der Opposition vor, die Jugend- und Schulsozialarbeiter im Land zu verunsichern. Mit dem Koalitionsantrag werde das Signal ausgesandt, dass die Landespolitik zur Finanzierung steht. Für die nächsten Jahre sei das Land aber noch auf Zuschüsse aus dem Europäischen

Foto: Katharina Baganz



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend im Landtag 2012“ diskutieren mit den Abgeordneten auch ihre Forderungen für eine bessere Schule.

Sozialfonds angewiesen. Daraus werden zu einem Teil die Personalkosten für Jugend- und Schulsozialarbeiter bestritten. Dem Änderungsantrag der Linken werde seine Fraktion nicht zustimmen.

David Petereit (NPD) bezeichnete den Antrag als inhaltlich dürftig. Dies gelte auch für den Änderungsantrag. Zudem sei noch nicht klar, wie viel Geld zur Verfügung steht. Also könne man es auch nicht verteilen. Derzeit gebe es keine verlässlichen Größen. Seine Fraktion werde nicht zustimmen.

Auch wenn Mecklenburg-Vorpommern ab 2014 weniger ESF-Mittel bekommt, will Sozialministerin **Manuela Schwesig** die soziale Arbeit an den Schulen sichern. Der Bereich bleibe ein Schwerpunkt für ihr Ministerium. Die Fachkräfte seien häufig die ersten Ansprechpartner bei Sorgen, von Liebeskummer bis Ärger mit den Eltern. Sie leisten ihren Worten nach eine wichtige Arbeit. Eine langfristige Finanzierung sei nötig, damit künftig auch mehrjährige Verträge mit den Schulsozialarbeitern abgeschlossen werden könnten. Darüber sei das Ministerium, das die ESF-Mittel verwaltet, gerade im Gespräch mit den Kommunen. Die sind an der Finanzierung der Stellen zur Hälfte beteiligt. Dabei handelt es sich um eine freiwillige Leistung.

Silke Gajek von den Bündnisgrünen betonte, dass ihre Fraktion das Anliegen unterstütze. Jedoch enthalte der Koalitionsantrag keine Perspektiven, wie und in welchem Rahmen sich Jugend- und Schulsozialarbeit in den nächsten Jahren entwickeln soll. Die Personalkostenzuschüsse des Landes nur durch ESF-Mittel und Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu finanzieren, reiche nicht aus. „Wir brauchen einen landesweiten Rahmenplan zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe. Nur mit einem ressortübergreifenden Gesamtkonzept und klarer Steuerung wird dies gelingen können.“ Ihre Forderung, den Antrag in den Ausschüssen zu beraten, wurde abgelehnt.

Der Koalitionsantrag fand die Zustimmung von SPD und CDU. Die NPD stimmte dagegen. DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielten sich. Der Änderungsantrag der Linken wurde mit den Stimmen der Koalition und der NPD abgelehnt.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/1916

Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/1934

Weitere Beschlüsse des Landtages

Etikettierung von Rindfleisch

Der Landtag hob am 29. Mai das Gesetz zur Überwachung der Rinderkennzeichnung und Rindfleischetikettierung („Rinderkennzeichnungs- und Rindfleischetikettierungsüberwachungsaufgabenübertragungsgesetz“) auf. Die bisher in dem Gesetz geregelten Zuständigkeiten der Landkreise und kreisfreien Städte für die Rinderkennzeichnung werden nun in einer neuen Landesverordnung geregelt. Diese Verordnung regelt auch die Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten. Für die Landkreise und kreisfreien Städte entstehen dem Agrarausschuss zufolge keine zusätzlichen Kosten.

Drucksachen 6/1336 und 6/1887

Bericht über Fiskalpakt

Die deutschen Länderparlamente fordern eine neue Föderalismuskommission und Stimmrecht beim Finanzausgleich der Länder. Das haben die Landtagspräsidenten aller 16 Länder im vorigen Jahr mit ihrer „Dresdner Erklärung“ beschlossen. Einen Bericht darüber legte Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** dem Landesparlament am 29. Mai vor. Da die aktuellen Regelungen 2019 auslaufen und ab 2020 die Schuldenbremse eine Neuverschuldung der Bundesländer grundsätzlich ausschließe, müsse eine solche Kommission zur Reform der Bund/Länder-Beziehungen zügig die Arbeit aufnehmen, heißt es in der „Dresdner Erklärung“. Bei den bisherigen Föderalismuskommissionen hatten die Länderparlamente nur Antrags- und Rederecht. Jetzt wollen sie auf Augenhöhe mit dem Bund verhandeln und mitbestimmen. Das Königsrecht des Parlamentes dürfe nicht beschränkt werden, hieß es. Das Parlament von Mecklenburg-Vorpommern hat die Landesregierung aufgefordert, unter anderem über den Bundesrat dafür Sorge zu tragen, dass künftig die Beteiligungsrechte der Landesparlamente vor allem in Bezug auf das Budgetrecht gestärkt werden.

Drucksachen 6/980 und 6/1926

Medikamententests

Auf Antrag der CDU/SPD-Koalition befasste sich der Landtag am 30. Mai mit den Medikamententests westdeutscher Pharmaunternehmen an Patienten in der DDR. Mit seinem Beschluss fordert der Landtag die Pharmakonzerne, die betroffenen Krankenhäuser und das Bundesministerium für Gesundheit auf, konsequent und vollständig zur Aufklärung der im Raum stehenden Vorwürfe beizutragen, an Patienten seien gegen ihren Willen oder unwissentlich medizinische Tests durchgeführt worden. Laut Aussage der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in M-V Marita Pagels-Heineking seien auf den Listen auch medizinische Einrichtungen aus Mecklenburg-Vorpommern aufgetaucht. Nach

dem Willen des Landtages soll die Landesregierung dafür sorgen, dass entsprechende Patientenakten gesichert und auch mögliche Entschädigungsansprüche geprüft werden. In seinem Beschluss fordert der Landtag außerdem, dass bei gegenwärtigen und zukünftigen klinischen Studien deutscher Unternehmen und Institutionen die in Deutschland geltenden ethischen Forschungsstandards im In- und Ausland strikt eingehalten werden.

Drucksache 6/1917

Anonymisiertes Bewerbungsverfahren

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, im Öffentlichen Dienst ein Modellprojekt zur Vergabe von Stellen mittels anonymisierter Bewerbungen zu initiieren, fand im Parlament keine Mehrheit.

Die Grünen begründeten ihren Antrag mit zahlreichen Studien, nach denen ältere Menschen, Frauen – insbesondere mit Kindern – und Migranten bei gleicher Qualifikation signifikant schlechtere Chancen hätten, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Für diese Zielgruppen existiere demnach keine wirkliche Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Anonymisierte Bewerbungsverfahren könnten dazu beitragen, Diskriminierungen am Arbeitsmarkt abzubauen. Das anonymisierte Bewerbungsverfahren sieht vor, bei den schriftlichen Unterlagen zunächst auf ein Bewerbungsfoto, den Namen der Bewerberin/des Bewerbers, die Adresse, das Geburtsdatum oder Angaben zu Alter, Familienstand oder Herkunft zu verzichten. Die Einladung zum Vorstellungsgespräch soll vorrangig aufgrund der dokumentierten Qualifikation erfolgen. Die vollständigen Unterlagen würden dann erst beim Bewerbungsgespräch vorgelegt.

Drucksache 6/1893

Immunität aufgehoben

Der Landtag hat am 29. Mai die Immunität des NPD-Landtagsabgeordneten **David Peterreit** aufgehoben. Damit machte das Parlament den Weg frei für die Erhebung einer Anklage wegen Beleidigung. Peterreit soll beleidigende Karikaturen über das Ehepaar Birgit und Horst Lohmeyer aus Jamel bei Wismar im Internet verbreitet haben. Die Lohmeyers engagieren sich seit Jahren gegen Rechtsextremismus und sind dafür mit mehreren Preisen ausgezeichnet worden. Die Staatsanwaltschaft Schwerin will Anklage erheben.

Drucksache 6/1927

Drucksachen

Die Drucksachen finden Sie auf der Internetseite des Landtages unter www.landtag-mv.de (*Parlamentsdokumente/Drucksachen*). Dort sind auch alle Drucksachen der 1. bis 5. Wahlperiode abrufbar.



Demonstration für den Erhalt von Amtsgerichten

Foto: Jens Büttner

Sitzungsmarathon

Zweitägige Anhörung zum
Gerichtsstruktureneuordnungsgesetz

Der Europa- und Rechtsausschuss hat am 5. und 6. Juni eine Vielzahl von Sachverständigen zur geplanten Änderung der Gerichtsstruktur (Gerichtsstruktureneuordnungsgesetz) angehört. Die von den Fraktionen benannten 51 Sachverständigen, insbesondere Verbandsvertreter, Landräte sowie Richterinnen und Richter, erschienen zahlreich und trugen eine Vielzahl detaillierter Argumente für und gegen die von der Landesregierung vorgeschlagene Reform an die Abgeordneten heran.

Insgesamt vertraten die Sachverständigen ganz unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche Ansichten.

Professor Dr. h.c. Mellinghoff, Präsident des Bundesfinanzhofes, hat aus verfassungsrechtlicher Sicht keine Bedenken. Die Frage, ob der Entwurf eine sachgerechte Lösung für die Zukunft darstelle, sei eine Wertungsfrage, die politisch zu entscheiden sei. Hier müssten insbesondere die Belange des Haushalts, die Demografie sowie die Bürgernähe gewichtet werden.

Ein Vertreter des Landesrechnungshofes M-V betonte die Notwendigkeit der Gerichtsstrukturereform angesichts zurückgehender Solidarpaktmittel und sich verändernder demografischer Strukturen. Auch die Industrie- und Handelskammer zu Rostock hält die Reform für notwendig und begrüßt die Schaffung effizienterer Gerichtsstrukturen.

Demgegenüber sieht die Mehrzahl der eingeladenen Amtsgerichtsdirektoren die Reformpläne kritisch. Insbesondere bemängelten sie die dem Gesetzentwurf zugrundeliegenden Ermittlungen. Außerdem sei zu befürchten, dass mit der Reform möglicherweise mehr Kosten verbunden seien als bislang angenommen. Es wurde zudem argumentiert, dass die Effizienz eines Gerichts nicht von der Größe abhängt. Kritik erfuhr auch die geplante Zweigstellenlösung. Zweigstellen seien nur die zweitbeste Lösung. Sie seien schwer zu verwalten und würden zu Ineffizienz führen.

Der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses **Detlef Müller** zeigte sich beeindruckt von der Vielzahl der vorgebrachten Argumente und von der zahlreichen Teilnahme an der Anhörung. Dies zeige, wie wichtig das Thema der Gerichtsstrukturereform für die Menschen im Land sei. Unmittelbar nach dem Anhörungsmarathon beschloss der Ausschuss, voraussichtlich Ende August von der Reform betroffene Bürgermeister sowie einen Gutachter anzuhören.

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/1620

Enquete-Kommission

Anhörung zur Einkommens- und
Vermögenssituation älterer Menschen

Bereits im Oktober 2012 hat Professorin Dr. Thusnelda Tivig im Auftrag der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ ein Grundlagenpapier vorgelegt, in dem auf die erheblichen Prognoseunsicherheiten im Bereich der Einkommens- und Vermögenssituation Älterer hingewiesen wurde. Das bestätigten die Teilnehmer einer Anhörung am 7. Juni, in der das Thema vertieft wurde.

Während Professor Dr. Joachim Ragnitz (Institut für Wirtschaftsforschung) und Dr. Markus Grabka (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) zu Einflussfaktoren und Entwicklungstrends referierten, stellten Dr. Klaus Kortmann (TNS Infratest Sozialforschung) und Brigitte Loose (Deutsche Rentenversicherung Bund) Ergebnisse aus bundesweiten Datenerhebungen dar. Dr. Hanna Haupt (Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e. V.) sowie Brigitte Paetow (Vorsitzende des Landesseniorenbeirats) kommentierten und bewerteten die Aussagen anhand konkreter Auswirkungen.

In Mecklenburg-Vorpommern haben praktisch alle Älteren Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung, und für sehr viele wird dies auch künftig die Haupteinkommensquelle sein. Doch ist dabei u.a. aufgrund der Rentenreformen und Ausfallzeiten durch Arbeitslosigkeit ein kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen: Wer 2012 erstmals Rente bezieht, erhält im Durchschnitt weniger Rente als derjenige, der bereits 2011 das Rentenalter erreichte. Deshalb könnte die noch unterdurchschnittliche Zahl der Bezieher von Grundsicherung im Alter ansteigen.

Die Mitglieder der Enquete-Kommission kamen in der anschließenden Diskussion überein, die Problematik in weiteren Sitzungen zu vertiefen. Schließlich geht es bei der Einkommens- und Vermögensentwicklung Älterer nicht nur um deren eigene Möglichkeiten, etwa durch privat finanzierte Baumaßnahmen ihr Wohnumfeld an die zukünftigen Herausforderungen anzupassen. Vielmehr ist über Steuereinnahmen und Sozialausgaben immer auch der Landeshaushalt betroffen, und damit hat die Entwicklung Folgen für die Gestaltungsoptionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Dazu hatte bereits in der Sitzung der Enquete-Kommission am 19. April 2013 der Staatssekretär im Finanzministerium Peter Bäumer berichtet und war dabei auf die unterschiedlichen Kostenträger, etwa für Bildung und Grundsicherung im Alter, eingegangen.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des XI. Parlamentsforums Südliche Ostsee

Fotos: Angelika Lindenbeck

Innovativer Wachstumsraum

Parlamentarier aus vier Ostseeanrainerstaaten berieten gemeinsame Strategien für die Regionalentwicklung im südlichen Ostseeraum

Die Region der südlichen Ostsee noch stärker als innovativen Wachstumsraum in einem Europa der Regionen zu positionieren, ist das erklärte Ziel von Parlamentariern aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg, Westpommern, Pommern, Ermland-Masuren, Kaliningrad und Schonen, die sich von 2. bis 4. Juni zur XI. Konferenz des Parlamentsforums Südliche Ostsee in Schweriner Schloss versammelt hatten. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Themen Energie, Tourismus, Integrierte Meerespolitik, Jugend im Ostseeraum und Kultur. Die gemeinsamen Forderungen sind in einer Abschlussresolution aufgelistet, die den Akteuren auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene die Handlungsbedarfe aufzeigt. Außerdem haben die Parlamentarier ihre Forderungen in gemeinsamen Briefen an den Kommissionspräsidenten der EU sowie an die Präsidenten des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments formuliert.

Für die zweitägige Jahreskonferenz kamen rund 90 Parlamentarier, Sachverständige und Verwaltungsmitarbeiter aus



Jugendliche beim Forum mit Martin Schulz

Deutschland, Polen, Russland und Schweden im Landtag Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Auf der Grundlage von einleitenden Sachverständigenvorträgen berieten die Forumsteilnehmer zu den einzelnen thematischen Schwerpunkten des Forums.

Energiepolitik

Bei der Energiepolitik standen vor allem Versorgungssicherheit und Versorgungseffizienz im Fokus. Als Herausforderung für die Zukunft rückte das Problem der Speicherung erneuerbarer Energien in den Mittelpunkt – ein Bereich, der in den vergangenen Jahren zugunsten der Erzeugung und Verteilung von Energie vernachlässigt wurde. Die polnischen Partner machten sich dafür stark, die Effizienz bei den Endkunden zu erhöhen und Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung zu intensivieren. Auch wollen sie sich breiter aufstellen als bisher und weitere Energiequellen erforschen und aktivieren, insbesondere Geothermie und Biogas. Mecklenburg-Vorpommern verwies auf sein Engagement bei der Umsetzung der Energiewende. Der Vorsitzende im Energieausschuss des Landtages M-V **Rudolf Borchert** betonte insbesondere die Bedeutung der Windkraft für die Energieversorgung. Alle Teilnehmer sehen in der Energiewende große Chancen für den Arbeitsmarkt, wo hochqualifizierte Arbeitsplätze entstünden.

Tourismus

Hier ging es insbesondere um Fragen der Kooperation und Nachhaltigkeit. Es wurde deutlich, dass trotz der Wettbewerbssituation im Tourismusbereich die länderübergreifende Kooperation von enormer Bedeutung ist. Da für eine



Jerzy Kotłega, Vizepräsident des Sejmik Westpommern, trägt sich ins Gästebuch des Landtages ein.



Fotos: Angelika Lindenbeck

gemeinsame Vermarktung der Tourismusdestination „Südliche Ostsee“ länderübergreifender Personenverkehr eine Grundvoraussetzung ist, wurde in diesem Zusammenhang auch die Frage von Visaerleichterungen mit Russland thematisiert. Ein weiterer Schwerpunkt war die Ausrichtung neuer EU-Fördergelder ab 2014 für Projekte im Tourismusbereich. Da der Tourismussektor in den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Prioritäten derzeit nicht erwähnt werde, fordern die Delegationsleiterinnen und -leiter – ergänzend zur Schlussresolution – in einem gemeinsamen Schreiben an die zuständigen Akteure eine angemessene Förderung des Tourismus in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020.

Integrierte Meerespolitik

Bei diesem Themenkomplex diskutierten die Konferenzteilnehmer die von der Europäischen Kommission vorgestellten Schwerpunktthemen Tourismus/Küste und Kreuzfahrt, erneuerbare Energien im Zusammenhang mit den Meeren, Aquakultur, Gewinnung von Rohstoffen aus dem Meer und die sogenannte Blaue Biotechnologie. Auf diesen Gebieten sieht die Konferenz ein besonderes Potenzial für nachhaltiges Wachstum, wobei neben den wirtschaftlichen Chancen zugleich Fragen der Nachhaltigkeit thematisiert wurden. Dabei ging es beispielsweise um das Problem der zulässigen Schwefelemissionen, um die Schiffssicherheit und um die Bergung von Munitionsaltlasten.

Die Zukunft Europas

Ein Höhepunkt des Parlamentsforums war der Besuch von Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments. Mit einer beeindruckenden und mitreißenden Rede zur Zu-



EU-Parlamentspräsident Martin Schulz freut sich über einen Stern der Schweriner Schlosskirche.

kunft Europas im 21. Jahrhundert bewegte er die Zuhörer im Plenarsaal des Landtages sichtlich. Schulz forderte institutionelle Reformen in Europa und betonte die Verantwortung der Regionen für die Regulierung regionaler Probleme. Der grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit komme dabei eine große Bedeutung zu.

Im Anschluss kam Martin Schulz mit den Parlamentariern sowie mit rund 70 Studierenden und Schülerinnen und Schülern aus dem Land ins Gespräch. Die Jugendlichen aus Rostock, Parchim, Lübs, Neukloster und Schwerin nutzten die einmalige Chance und zeigten durch ihre Fragen ihr großes Interesse an Europa und der europäischen Idee. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider sicherte zu, die Mitwirkung von jungen Menschen am Parlamentsforum auch zukünftig zu unterstützen.

Das XII. Parlamentsforum Südliche Ostsee findet 2014 in Kaliningrad statt.

Resümee

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zieht ein positives Fazit der Konferenz: „Wie in den Vorjahren haben uns Experten mit ihrem Sachverstand bei der Entscheidungsfindung unterstützt. Am Ende haben wir eine Resolution erarbeitet, die ein echtes Gemeinschaftswerk ist. Deren Leitlinien dienen dem Ziel, die Region der südlichen Ostsee als innovativen Wachstumsraum in einem Europa der Regionen zu positionieren.“

Detaillierte Informationen zu der Konferenz und die Schlussresolution im Wortlaut finden Sie auf der Internetseite des Landtages www.landtag-mv.de/Landtag/Ausschüsse/Blickpunkt_Europa

Parlamentsforum Südliche Ostsee

Seit 2004 arbeiten die Landtage Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sowie die regionalen Vertretungskörperschaften (Sejmiks) der polnischen Woiwodschaften Westpommern und Pommern im „Parlamentsforum Südliche Ostsee“ zusammen. Ziel ist es, die bereits existierenden bilateralen Partnerschaften und sonstigen parlamentarischen Beziehungen auf regionaler Ebene stärker miteinander zu vernetzen. Eingebunden in diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind auch Parlamentsvertreter der schwedischen Region Schonen und des Kaliningrader Gebietes der Russischen Föderation. Ermland-Masuren ist dem Forum im Jahr 2008 beigetreten, Hamburg folgte 2009.



Fotoaktion vor täuschend echter Schlosskulisse



Mitarbeiterinnen der Landtagsverwaltung sorgten für Orientierung und Information.



Fotos: Angelika Lindenbeck



Solch ein Gewimmel möcht' ich sehn ...

Tag der offenen Tür des Landtages
lockte Tausende ins Schweriner Schloss

An den Ausspruch von Goethes Faust im berühmten Oster-spaziergang fühlte man sich unwillkürlich erinnert angesichts des bunten Treibens am Tag der offenen Tür im Landtag. Geschätzte 20.000 Besucherinnen und Besucher aus Nah und Fern nutzten am ersten Juni-Sonntag die Chance, mehr als nur einen Blick hinter die Kulissen des Landtages zu werfen.

Besichtigung der Landtagsräume mit dem Plenarsaal, Informationen und Gespräche in den Fraktionen und Fachausschüssen, Schaudebatten und Podiumsdiskussionen, Plenarsaal-Baustelle, NDR-Studio, Goldene Kuppel, Schlosskirche und freier Eintritt ins Schlossmuseum – so bunt wie die Besucherschar war auch das Programm. „Bis jetzt habe ich mir das Schloss und die Fraktionen Linke, CDU, SPD und Grüne angeschaut, den Plenarsaal, aber auch den Bau des neuen Plenarsaals, und jetzt eben war ich beim Petitionsausschuss und wollte dann auch noch eine Runde ins Museum gehen“, umreißt eine junge Besucherin ihr Mammutprogramm. „Das ist eine gute Gelegenheit für alle interessierten Bürger“, findet Friederike Hartz. „Vor allem auch für die, die sich sonst nicht so für Politik interessieren“, fügt sie hinzu. Ihr haben besonders die Schaudebatten im Plenarsaal gefallen. „Es ist schön, mal zu sehen, wie die Politiker mit den Schülern zusammen agieren und wie sie sich an die Regeln halten“, sagt sie.

Viele Besucher freuten sich darüber, dass sich die Landtagsfraktionen erstmals wieder in ihren Räumen im Schloss präsentierten. „Da kann ich selber entscheiden, zu wem ich gehe“, so die Begründung. Nicht nur, dass man bei dieser Gelegenheit noch mehr Landtagsbereiche sehen konnte als in den Vorjahren – vor allem lockten die bunten und vielfältigen Angebote: Abgeordneten-café, Kinderschminken, Glücksrad, Tischkicker und Dosenwerfen, Ausstellungen, Abgeordneten-Sprechstunde, Diskussionsrunden, Livebands, Autogramm-Stunde mit den Schweriner Volleybal-



Sylvia Bretschneider im Gespräch mit Besuchern



Besuchermagnet: die frisch restaurierte Schlosskirche

Gespräche, Spaß und Unterhaltung in den Fraktionen



Fotos: Angelika Lindenbeck



lerinnen und vieles andere mehr. Beste Gelegenheiten für Gäste und Abgeordnete, sich zu begegnen und miteinander ins Gespräch zu kommen. Abgerundet wurde das Programm durch die WIR-Vielfaltsmeile vor dem Schloss, auf der sich zahlreiche Vereine und Verbände präsentierten, sowie die Bühne der Ostseewelle, wo die Moderatoren Ina-Maria Kwiatkowski und André Schneider mit Musik, Interviews und flotten Sprüchen für gute Stimmung sorgten. Nach dem ereignisreichen Tag zeigte sich auch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zufrieden: „Mit unserem Tag der offenen Tür haben wir wie in den Vorjahren gezeigt, dass der Landtag ein demokratisches und weltoffenes Haus ist.“





Fotos: Angelika Lindenbeck

„Schaustelle“ Plenarsaal lockte zum Tag der offenen Tür

Podiumsdiskussion zu den Bauarbeiten fand großes Interesse

„Betreten erwünscht“ prangte unübersehbar auf dem Schild zum ehemaligen Festsaal. Am Tag der offenen Tür wurde die bekannteste Baustelle im Landtag Mecklenburg-Vorpommern zur „Schaustelle“. Und viele der rund 20.000 Besucher nutzten die Gelegenheit an diesem 2. Juni, einen Blick hinter die Kulissen des Baugeschehens zu werfen.



Vor genau einem Jahr, zum Tag der offenen Tür 2012, fand die letzte Veranstaltung im alten Festsaal statt. Dann schlossen sich die Türen – zumindest für Besucher.

Ein geschichtsträchtiger Ort: Einst prunkvoller Goldener Saal des Großherzogs, dann ein Opfer der Flammen beim Schlossbrand 1913, viele Jahre vernachlässigt, 1972 als nüchtern-funktionaler Festsaal wiedereröffnet. Rund 40 Jahre lang wurden

hier Konzerte gespielt, Jugendweihen gefeiert, Abiturzeugnisse übergeben und Fachtagungen durchgeführt. Nun also soll an dieser Stelle der neue Plenarsaal entstehen, von Beginn an unter den Augen der Öffentlichkeit. Inzwischen haben Bauarbeiter Stuhlreihen ausgebaut, Wandverkleidungen entfernt und Mauerwerk untersucht. Am Tag der offenen Tür zu sehen und auch nachzulesen im Bautagebuch auf der Internetseite des Landtages. Größtmögliche Transparenz hatten Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider und Landtagsdirektor Armin Tebben von Beginn an versprochen. Und die Öffentlichkeit nutzt offensichtlich gern jede Gelegenheit, sich über den Fortgang der Bauarbeiten zu informieren. So war dann auch die Podiumsdiskussion außerordentlich gut besucht, die im heutigen Plenarsaal stattfand. Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider**, Architekt **Tilman Joos**, der mit seinem Münchner Büro den Wettbewerb für die Neugestaltung gewonnen hatte, sowie der Journalist

Andreas Frost, der sowohl über die Landtagssitzungen berichtet als auch zur wechselvollen Nutzungsgeschichte des Schlosses recherchiert, beantworteten gut eine Stunde lang die Fragen von Moderator **Jürgen Seidel**.

Die Landtagspräsidentin konnte sich noch gut an ihren ersten Besuch Mitte der 70er-Jahre im Schweriner Schloss erinnern. „Alles war zugewachsen, ideal für Liebespaare“, erinnerte sie sich. Damals war freilich nicht zu ahnen, dass jenes alte Gemäuer auf der Schlossinsel mal zu einem Hort der Demokratie wird. Mit allen Schwierigkeiten, die damit für die Parlamentsarbeit verbunden sind. Andreas Frost und Sylvia Bretschneider machten noch einmal auf Defizite des alten Plenarsaals aufmerksam, der zum modernen Konferenz- und Pressezentrum umgebaut werden soll. „Die Abgeordneten sitzen wie in einem Bus hintereinander. Besucher sehen die Parlamentarier nur von hinten. Und Zwischenrufe sind so gut wie gar nicht zu verstehen“, erklärte die Präsidentin. Der neue Saal hingegen soll kreisrund werden und die Öffentlichkeit dicht dran sein am Geschehen. Für Besucher wird Platz auf der Galerie geschaffen. „Das Volk als Souverän beobachtet uns Parlamentarier von oben. Das finde ich schön“, sagte die Landespolitikerin. Das war auch Ansatzpunkt für den Architekten Tilman Joos. Er habe nie die Absicht gehabt, den Goldenen Saal in seiner Ursprungsform wieder herzustellen, betonte er. Modern bauen und die „alte Hülle“ umgestalten für die neue Funktion als Ort demokratischer Debatten und Entscheidungen. Dabei historische Spuren erhalten – wie ein altes



Besucherstrom auf der Baustelle für den neuen Plenarsaal

Fotos: Angelika Lindenbeck



Wandgemälde, das im Vorraum wieder gezeigt werden soll. Dies sei sein Verständnis von zeitgemäßer Architektur. Die Kosten sollen überschaubar bleiben, wie Sylvia Bretschneider unterstrich. Bislang sind 21,5 Millionen Euro für das gesamte Projekt veranschlagt, zusätzlich stehen 4,5 Millionen Euro als Risiko-Reserve bereit. Rund sieben Millionen Euro der Gesamtsumme sollen in die Neugestaltung des Plenarsaals fließen. Allein zehn Millionen Euro sind für die Grundsicherung des Schlossgartenflügels geplant. Statik und Brandschutz müssten dringend verbessert werden. „Spätfolgen des Schlossbrandes von 1913, die wir erst jetzt mit dem Beginn der Umgestaltung bemerkt haben“, erklärte die Präsidentin. Diese Arbeiten hätten auch ohne neuen Plenarsaal ausgeführt werden müssen. 4,5 Millionen Euro sind zudem für das neue Kongress- und Medienzentrum geplant. Das Bauvorhaben soll „möglichst schnell, aber mit der gebotenen Sorgfalt umgesetzt werden“, verspricht Bretschneider. Der Architekt wagt eine präzise Zeitangabe. „Ich denke, Ende 2016 wird der neue Plenarsaal fertig sein“, sagt Tilmann Joos. Die ersten Sitzungen in der dann 7. Wahlperiode werden wohl noch im alten Ambiente stattfinden. Aber dann soll die Baustelle endgültig als Schaustelle zur Verfügung stehen. Für den Souverän, der von „oben“ über das demokratisch gewählte Parlament wacht.



Die Band DE PREUSCH sorgte für gute Stimmung.

Fotos: Angelika Lindenbeck



Schaubetten im Plenarsaal



WIR-Vielfaltsmeile vor dem Schloss



(Adressfeld für Abonnenten)



▶ Vor dem ersten Sitzung des Landtages im vergangenen Monat hielt der Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern, Dr. Andreas von Maltzahn, in der sanierten Schlosskirche die traditionelle Morgenandacht. Während des rund zweijährigen Baugeschehens des zu Pfingsten wieder eröffneten Gotteshauses trafen sich Abgeordnete, Mitarbeiter aus Fraktionen und Landtagsverwaltung sowie Gäste im ehemaligen Pferdestall des Schlosses zur ökumenischen Andacht.

▶ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dreescher Werkstätten gGmbH aus Schwerin haben im Burggarten des Schweriner Schlosses Anfang Juni insgesamt 11.000 Sommerblumen gepflanzt, darunter 1.100 Leberbalsam, 950 Studentenblumen, 450 Fuchsien und 130 Geranien. Insgesamt waren 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit geistigen oder körperlichen Behinderungen und zwei Gruppenleiter im Einsatz. Seit sieben Jahren kümmern sich die Dreescher Werkstätten um die Wechselblorbepflanzung, wie es auf Gärtner-Deutsch so schön heißt. Der Burggarten ist derzeit täglich ab etwa 7 Uhr geöffnet. Geschlossen werden die Tore bei Einbruch der Dunkelheit. Der Eintritt in den Burggarten ist frei.



▶ Mitarbeiter der Ostseeland Verkehr GmbH (OLA) haben Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider Ende Mai mehr als 6.000 Unterschriften überreicht. Die Unterzeichner setzen sich für den Weiterbetrieb des Ost-West-Netzes im Raum Neubrandenburg durch die OLA ein. Deren rund 150 Mitarbeiter in der Region fürchten um ihre Arbeitsplätze, da die bisher durch die OLA bedienten Strecken an einen anderen Bewerber vergeben wurden. Hintergrund sei die Zurücknahme eines Angebotes der OLA durch das Unternehmen selbst, hieß es. Die Unterschriften wurden dem Petitionsausschuss des Landtages zugeleitet.



▶ Seit Jahren kennen sie Schwerin von Auftritten, Presseterminen oder privaten Besuchen – im Wahrzeichen der Landeshauptstadt waren die Musiker der Band Keimzeit bisher allerdings noch nie. Vor einigen Tagen haben Hartmut Leisegang, Martin Weigel, Christian Schwechheimer, Norbert Leisegang und Gabriele Kienast (v.l.) das nun nachgeholt. Einen Vormittag lang schauten sie sich im Schweriner Schloss um, blickten vom Dach des Landtagssitzes auf die Stadt, den Schlossgarten und den Schweriner See. Mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (Mitte) tauschten sich die Bandmitglieder im Anschluss auch zu verschiedenen politischen Fragen aus und ließen sich von der Hausherrin des Schlosses die derzeitige Baustelle im Bereich des ehemaligen Festsaaes zeigen. Dort wird der künftige Plenarsaal des Landtages eingebaut.